

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich freue mich Ihnen zu diesem Landesparteitag von den letzten 3 Monaten aus der Bürgerschaft berichten zu dürfen. Trotz pandemischer Lage habe ich mich auch mit Themen außerhalb von Corona beschäftigt. Besonders die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern habe ich sehr zu schätzen gewusst, die mich immer wieder in meiner Arbeit bestärken.

Die Themen der letzten Monate konzentrierten sich auf Wirtschaft, Rechtsstaat und Bildung, aber lesen Sie selbst.

13.02.2021

Corona Debatte in der Bürgerschaft

In der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft zur Corona-Lage der Wirtschaft am Mittwoch habe ich betont, dass Hamburgs Händler und Dienstleister jetzt endlich einen Perspektivplan für baldige Wiedereröffnungen brauchen. Rot-Grün darf das angesichts deutlich sinkender Inzidenz nicht einfach aus Sorge vor Virusmutationen ausschließen. Der [Sieben-Punkte-Plan der FDP-Bundestagsfraktion](#) bildet eine gute Grundlage dafür: Mit der Inzidenz und weiteren Kriterien wie etwa Fallzahlen pro Woche oder Krankenhausauslastung könnten Öffnungen nach und nach ermöglicht werden. Bis das greift, muss Rot-Grün besonders Handel und Mittelstand viel aktiver unterstützen, etwa durch Zwischenfinanzierung ausbleibender Dezemberhilfen des Bundes, wie es etwa in Mecklenburg-Vorpommern passiert. Auch ein Expertenrat mit starker wirtschaftlicher Expertise, wie es ihn in NRW gibt, könnte dem Bürgermeister helfen, zu erkennen, dass er in Pandemiezeiten mehr für Hamburgs Wirtschaft tun muss.

Meine Bürgerschaftsrede

WELT: „Zum Mitschreiben: Es geht um Menschenleben“

Abendblatt: Corona Pandemie - Forderung erbst Fraktionen

MOPO: Abgeordnete verurteilen "Spaßanträge"

Hamburg.de: Forderung nach sofortiger Öffnung zahlreicher Geschäfte

Schulsenator verweigert neue Konzepte

In der Schuldebatte im Parlament habe ich dem Senator vorgeworfen, dass er wie immer stur im alten Muster bleibt. Er entpuppt sich immer mehr als Reaktionär. Innovative Ideen für eine Entspannung der Corona-Lage in Schulen lehnt er grundsätzlich ab. Weder will er Präsenzunterricht in größeren Sälen oder Kinos diskutieren, noch in großem Stil Luftfilter für Klassen anschaffen. Stattdessen werden die Anforderungen im Abitur so abgesenkt, dass viele Absolventen des Jahrgangs 21 mit dieser Hochschulreife absehbar Probleme bekommen werden, sobald sie an Universitäten ankommen. Ungewöhnliche Zeiten brauchen mutigere, ungewöhnlichere Ideen, um eine Bildungskatastrophe zu verhindern.

Meine Bürgerschaftsrede

MOPO: "Spaßanträge" und Schelte gegen Rabe



© Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf

Justizsenatorin überzieht bei Kontrollen

Die Antwort des Senats auf meine Anfrage zeigt, wie unverhältnismäßig Justizsenatorin Gallina übertreibt: Kleine Betriebe und Selbständige mit einer nur fünftägigen Berichtspflicht zu Corona-Arbeitsschutzmaßnahmen und die Aussicht auf Vor-Ort-Kontrollen durch 40 Beamte unter Druck zu setzen, ist in diesen schweren Corona-Tagen unangemessen. Noch dazu finden Gallina Kontrolleure überhaupt nur in maximal acht Prozent der Firmen mehr oder weniger relevante Verstöße gegen Corona-Schutzbestimmungen. Diese Vorgehensweise offenbart wieder einmal das Verhältnis der Grünen zur Wirtschaft, die unter Generalverdacht gestellt wird.

[WELT: "Wirtschaft unter Generalverdacht"](#)

Austausch mit der Wirtschaft

Die Antwort des Senats auf meine Anfrage zeigt, wie unverhältnismäßig Justizsenatorin Gallina übertreibt: Kleine Betriebe und Selbständige mit einer nur fünftägigen Berichtspflicht zu Corona-Arbeitsschutzmaßnahmen und die Aussicht auf Vor-Ort-Kontrollen durch 40 Beamte unter Druck zu setzen, ist in diesen schweren Corona-Tagen unangemessen. Noch dazu finden Gallina Kontrolleure überhaupt nur in maximal acht Prozent der Firmen mehr oder weniger relevante Verstöße gegen Corona-Schutzbestimmungen. Diese Vorgehensweise offenbart wieder einmal das Verhältnis der Grünen zur Wirtschaft, die unter Generalverdacht gestellt wird.

Die grüne Sicht aufs Privateigentum

In Hamburg-Nord dürfen auf Beschluss der Grün-Roten Bezirksregierung seit knapp einem Jahr keine Einfamilienhäuser mehr gebaut werden. Dagegen richtet sich wachsender öffentlicher Protest: Immobilieneigentum trägt einen wichtigen Teil zur Absicherung im Alter bei und ein eigenes Haus ist für viele Familien ein Lebenstraum. Diese Einfamilienhausverbote sind ein Eingriff in das Privateigentum und die freie Entfaltung und dürfen keinesfalls zum Standard für Hamburg oder für den Bund werden. Ich werde mich gegen diese erneute Freiheitseinschränkung durch Grün und Rot in Hamburg stellen.

Genauso wie gegen die Bevormundung von Unternehmern und Autofahrern oder der Verschleppung des Rechts auf Bildung. Es gibt viel dafür zu tun, ich baue auf Ihre Unterstützung!

27.02.2021

Hamburg braucht jetzt endlich eine Perspektive

Land auf Land ab werden Öffnungskonzepte entwickelt, Tschentscher aber verweigert schon jede Diskussion über Öffnungskonzepte. Anstelle dessen führt er eine neue Verschärfung der Maskenpflicht ein. Das Menschenbild von Rot-Grün setzt auf immer neue Verbote statt auf Motivation und Eigenverantwortung. Die aber braucht es dringend, genauso wie ein Ende der schier endlosen Freiheitseinschränkungen und ein zügiges Konzept für Schulöffnungen. In der Bürgerschaftsdebatte des vergangenen Mittwochs zur neuesten Corona-Verordnung habe ich das kritisiert und zugleich gefordert, dass Hamburg einen Macher und keinen ängstlichen „Zumacher“ als Bürgermeister braucht.

Meine Rede

[NDR: Bürgerschaft beschließt Sondersitzung zu Corona Maßnahmen](#)

[Abendblatt: "Die Menschen brauchen eine Perspektive"](#)

Gedenken an die Opfer von Hanau

Ein Jahr nach dem Anschlag in Hanau haben wir in der Bürgerschaft der neun Opfer des rechtsradikal motivierten Anschlags gedacht. In der aktuellen Stunde zum Thema habe ich gesagt, dass Rassismus mit der ganzen Härte des Rechtsstaates begegnet werden muss. Fahndung und Erkenntnis dürfen dabei aber nicht an Landesgrenzen enden. Und dem grassierenden extremistischen Gedankengut gilt es überall entgegenzutreten, von den Schulen über die Universitäten bis in den privaten Raum hinein.

Meine Rede

[SZ: Bürgerschaft erinnert an Anschlagsoffer](#)

[Abendblatt: Hamburgs Abgeordnete erinnern an den rassistischen Anschlag](#)

[Welt: Eklat in der Hamburgischen Bürgerschaft](#)

[MOPO: Eklat in der Bürgerschaft](#)

Unternehmen entlasten, Arbeitsmarkt stärken

In der Bürgerschaftsdebatte zur Stärkung des Arbeitsmarkts habe ich darauf hingewiesen, dass die Überbrückungsmaßnahmen und Kurzarbeitsregelungen sich zwar bewährt haben. Ebenso kann das Qualifizierungschancengesetz helfen, ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Gleichwohl sind diese Instrumente als soziale Reparaturmaßnahmen immer die zweitbeste Lösung. Effektiver wären massive Entlastungen notleidender Unternehmen, durch Befreiung von Lohnnebenkosten, Steueranreize, die Einführung einer negativen Gewinnsteuer. Solche Initiativen sollte Rot-Grün auch in Hamburg vorantreiben, statt sich ausschließlich mit der Ausweitung staatlicher Hilfsmaßnahmen zu beschäftigen.



© Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf

Anerkennung für Parlamentsarbeit

12 Monate nach der Bürgerschaftswahl 2020 hat die Welt am Sonntag ein Resümee aller Parteien gezogen. Über die Anerkennung für meine Arbeit als Einzelkämpferin hab ich mich sehr gefreut: „Eine fraktionslose Liberale befreit sich - was der FDP insgesamt misslang, gelang Anna von Treuenfels-Frowein: Per Direktmandat zog die frühere Fraktionschefin erneut in die Bürgerschaft ein und vertritt dort nun als einzige Liberale die Interessen ihrer Partei. Auffällig ist, dass die 58-jährige Juristin seither – losgelöst vom Fraktionszwang – wie befreit aufspielt. Sie streitet für die Freiheits- und Grundrechte, richtet eifrig Kleine Anfragen an den Senat und erkämpft sich medienwirksame Präsenz...“

[WELT: Das Jahr der Neuordnung in Hamburg](#)

Halbherziges Konzept für Schulöffnungen

In zehn Bundesländer dürfen Schulen öffnen. Hamburg wusste bis zum Donnerstag immer noch nicht, wann das schier endlose Prüfen der Öffnungsmöglichkeiten in der Schulbehörde zu Ende gehen würde. Ich habe den Schulsenator aufgefordert, diesem Trauerspiel in Dauerschleife endlich ein Ende zu setzen. Das, was er kurz vor Ferienbeginn vorgelegt hat, reicht jedenfalls nicht aus. Der Bildungsverlust unserer Kinder und der Stress vieler Eltern im Home-Office macht das unverzichtbar.

Virtuelle Happy Hour

Unsere Partei trifft sich jetzt in vielen Kreis und Bezirks-Verbänden in digitalen Formaten. Besonders Freude gemacht hat mir die letzte Veranstaltung mit konstruktiven und kontroversen Debatten im Bezirksverband Nord rund um das Thema Corona und meine Arbeit in der Bürgerschaft.

Austausch mit Schulinitiative

Die desolante Lage rund um unsere Schulen ruft immer wieder neue Elterninitiativen auf den Plan! Wir stimmen nicht immer mit allen Forderungen überein, aber ein Austausch ist immer wieder gut, um sich mit unterschiedlichen Positionen auseinanderzusetzen.



Die Grünen Mal wieder...

Die Grünen zeigen mal wieder ihr wahres Gesicht: Nach dem bundesweit heiß diskutierten Verbot von Einfamilienhäusern im Bezirk Nord wird dort nun auch noch die Bürgerbeteiligung ausgehebelt. Der grüne Bezirksamtsleiter umgeht beim Neubaugebiet in Langenhorn per erwirkter Senatsanweisung absichtlich die Abstimmung vor Ort. Bürgerbeteiligung ist den Grünen offenbar nur dann wichtig, wenn es ihren politischen Zielen dient. Wenn nicht, werden die wahren Interessen der Bürger rücksichtslos umgangen. Nicht mit uns!

[WELT: Grüner Bezirkschef in Hamburg-Nord hebelt Bürgerbeteiligung aus](#)

14.03.2021

Bürgerschaft: Sondersitzung zu Corona

In Hamburg haben auch in den Ferien das Virus und seine Folgen große Teile der politischen Debatte bestimmt: Der Bürgermeister hat sich in einer Sondersitzung der Bürgerschaft teilweise von den Beschlüssen distanziert, die er selbst mit der Kanzlerin und 15 Ministerpräsidenten-Kolleginnen und Kollegen gefasst hat – aus meiner Sicht ein Akt des schlechten politischen Stils, der die wachsende Glaubwürdigkeitslücke der Politik bei der Corona-Bekämpfung weiter vergrößert.

Schulsenator lebt offenbar hinterm Mond

In den Schulen läuft es nach den Ferien wie gehabt: Alles bleibt beim Alten. Der Schulsenator setzt lediglich auf Lüften und verweigert nach wie vor Luftfilter anzuschaffen. Schnelltests für Schüler organisiert? Fehlanzeige! Dazu ist der Senat noch in Verhandlungen mit Lieferanten. Sparen auf Kosten der Gesundheit aller Schulbeteiligten. Ein Armutszeugnis, wie ich Herrn Rabe bescheinigt habe!

[WELT: „Die Fenster einmal schwungvoll auf für zwei Minuten und wieder zu“](#)

Härtefallfonds in Hamburg überfällig

Das Hamburger Abendblatt brachte es auf den Punkt: „Diskussionen gibt es weiterhin auch um die Auszahlung von Corona-Wirtschaftshilfen an Unternehmen.“

Die FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Anna von Treuenfels-Frowein warf dem Senat jetzt vor, dass er die Einrichtung eines Härtefallfonds für Notleidende Firmen nur in Abhängigkeit zu den Hilfen des Bundes erwäge. Dabei bezieht sich die FDP-Politikerin auf eine Senatsantwort auf eine von ihr gestellte Kleine Anfrage.“

Ich setze mich dafür ein, dass die krassesten Notfälle unter Unternehmern und Selbstständigen dringend abgemildert werden müssen.

[Abendblatt: Hier gilt die verschärfte Maskenpflicht](#)

Ladesäulen - endlich Ordnung schaffen

Aber es gibt natürlich auch noch andere Themen in der Landespolitik, denen ich mich in den letzten zwei Wochen gewidmet habe – zum Beispiel dem Durcheinander bei der Nutzung und Bezahlung von Ladesäulen für E-Fahrzeuge: Wer mehr E-Autos auf die Straße bringen will, muss die Elektromobilität mit einer möglichst barrierefreien Bezahl- und Technikinfrastruktur attraktiver machen. Angeblich zimmert der grüne Verkehrssenator ja an der klimaneutralen Verkehrswende. Die Benutzerfreundlichkeit der Elektromobilität fehlt in diesem Wendeprojekt aber offenbar, wie die Senats-Antworten auf eine Kleine Anfrage von mir belegen.

WELT: Die FDP will, dass öffentliche Ladesäulen einfacher werden

Bündnis für Wohnen - Blockade durchbrechen

Die Verhandlungen von Rot-Grün mit dem Bündnis für Wohnen stagnieren. Streitpunkte sind nachträgliche Auflagen der Bezirke für laufende Projekte und das erweiterte Erbbaurecht. Offenbar hat Senatorin Stapelfeldt keinen Plan, wie Planungssicherheit für Bauherren hergestellt werden soll. Wer es strukturell zulässt, dass vor allem Grün dominierte Bezirke wie etwa Hamburg-Nord aus ideologischen Gründen einfach so den Bau von Familieneigenheimen verbieten, der torpediert nicht nur das Bündnis für Wohnen, sondern den Wohnungsbau überhaupt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, so meine Forderung.

Abendblatt: Noch keine Einigung beim Bündnis für Wohnen

Weltfrauentag - die Aufgabe bleibt

Zum Weltfrauentag wurde ich als Politikerin angefragt was ich mir zum Weltfrauentag wünsche. Mein Statement war: „An diesem Weltfrauentag ich vor allem an die Frauen, die weltweit noch immer in Unterdrückung leben. Bildung, Freiheit und Selbstbestimmung- alles Dinge, die wir in Deutschland als selbstverständlich ansehen, werden Mädchen und Frauen in anderen Teilen der Welt verwehrt. Gegen diese Ungerechtigkeiten müssen wir kämpfen - nicht nur heute, sondern jeden Tag.“

MOPO: Das wünschen sich Hamburgerinnen zum Weltfrauentag



Interview - "Dorfstadt" aus Hamburgs Westen hat mich befragt

In meinem Interview mit der Dorfstadt hab ich gesagt, dass Corona noch einmal wie durch ein Brennglas gezeigt hat an welchen Themen wir besonders arbeiten müssen: Etwa an der raschen Aufarbeitung der Defizite in der Digitalisierung im Bildungsbereich und in der Verwaltung. Das wichtigste in der Politik für mich ist immer noch der direkte Kontakt mit den Bürgern. Der findet zur Zeit nur eingeschränkt persönlich statt, aber digital dafür umso intensiver.

27.03.2021

Wir brauchen endlich eine moderne Corona Strategie

Das planlose Durcheinander von Merkel, Tschentscher & Co richtet sich selbst. Im Rathaus habe ich darauf gedrungen, dass die endlos weiterdrehende Lockdown-Schleife endlich aufhören muss. Statt mit fortdauerndem Stillstand immer mehr Menschen in Einsamkeit, Unternehmen in Schieflage und Schüler in die Bildungsdefizite zu treiben, muss der Fokus endlich auf Impfen, Testen digitaler Kontaktnachverfolgung und schrittweises Öffnen gerichtet werden. Städte wie Tübingen und Rostock (dort übrigens mit einem auch von der FDP unterstützten Bürgermeister!) machen es erfolgreich vor!

Hamburg aber tut nichts oder das Falsche: Der besonders strenge Hamburger Sonderweg der Kontaktbeschränkungen (nur 1 Person und ein Haushalt) schafft Isolation gerade zum Osterfest – Unsoziale Politik gemacht von Sozialdemokraten...

Die Pandemie des 21. Jahrhunderts wird in einer modernen Handelsmetropole wie Hamburg immer noch wie im Mittelalter bekämpft – Burgtor zu, Brücke hochziehen!

Auch von digitaler Modernität keine Spur in der Senatspolitik: Während in Mecklenburg-Vorpommern und andern Ländern jetzt endlich die Luca-App zur Kontaktnachverfolgung eingeführt ist, verzögert Rot-Grün in Hamburg ein gemeinsames System. Weder ist die nötige Software ausgewählt noch sonst irgendetwas klar, wie aus einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage von mir hervorgeht. Der Bürgermeister sollte nicht nur immer bremsen, sondern aktive Schritte machen, um eine zeitgemäße effiziente Corona-Politik auf den Weg zu bringen!

Unangebracht ist auch das Misstrauen des früheren Hamburger Bürgermeisters Scholz und seiner Genossen gegenüber der Wirtschaft: Eine gesetzliche Verpflichtung zur Testung am Arbeitsplatz ist schon deshalb überflüssig, weil sehr viele Unternehmen dies längst tun. Und die inoffizielle ganz große Schwarz-Rot-Grüne Koalition der Freiheits-Einschränker in diesem Land will damit nur bemänteln, dass sie sowohl bei der Beschaffung von Impfdosen wie von Tests versagt haben.

Der Schlüssel für die Rückkehr zur Normalität ist längst bekannt: Innovative Teststrategien, Impfen und digitale Kontaktnachverfolgung!

Hierbei sollte der Staat, der seit einem Jahr Pandemie auf der Stelle tritt, die Expertise der Wirtschaft, Erfahrungen in der Distribution und deren Hygienekonzepte endlich nutzen.

Meine Rede zur Eindämmungsverordnung

Hamburg1: „Gekippte Osterruhe: Reaktionen aus der Politik“

WELT: „Machen Sie zumindest Ostern von den Kontaktregeln Gebrauch, die der Bund geschaffen hat“

NDR: "Kritik an Hamburgs Corona-Politik in der Bürgerschaft"

SHZ: "Freiwillige Corona-Osterruhe"

Tag24:"Harsche Kritik an Bürgermeister Tschentschers Corona-Kurs"

MOPO: "Warum setzt Hamburg nicht auf die "Luca"-App?"



Die neue Grundsteuer - eine verkappte SPD-Vermögenssteuer

Hamburg will es mit einer eigenen Grundsteuerreform besser machen als der Bund, bleibt aber auf halbem Weg stehen. Sinnvoll und gerecht wäre die Übernahme des bayrischen Modells, das sich an der Fläche orientiert. Stattdessen führt Hamburg mit der Kategorisierung von normalen und guten Lagen eine Wertkomponente ein, die die Grundsteuer zu einer verkappten SPD-Vermögenssteuer macht. Die drastischen Wertsteigerungen der letzten Jahre sollen angeblich nicht in die Steuerbemessung einfließen, mit Senator Dressels Lagenmodell werden sie es aber doch tun.

Die Einbeziehung der Grundstückslage wird neue Ungerechtigkeiten schaffen, denn auch in besonders guten Wohnlagen gibt es Grundstücke minderer Qualität, etwa an verkehrsreichen Straßen. Auch die werden dann der gleichen, hohen Steuerbewertung unterliegen. Außerdem wird die regelmäßig nötige Überprüfung der Lage-Qualität neue Bürokratie wuchern lassen. Wir Freie Demokraten hätten gerechtere und mutigere Pläne von Rot-Grün erwartet, nach bayrischem Vorbild.

[NDR: "Hamburger Senat bringt neues Grundsteuermodell auf den Weg"](#)

[WELT: "Hamburg bastelt sich ein Anti-Scholz-Modell"](#)

11.04.2021

Nutzlose Ausgangssperre

Ich habe im Rathaus sehr deutlich gemacht, dass ich es für falsch halte, wenn Rot-Grün die Hamburger jetzt am Abend nach 21 Uhr einsperrt. Die Maßnahme ist so inkonsequent wie kontraproduktiv. Wer wirklich auf Testen und Impfen setzt, um die Pandemie zu überwinden, kann nicht alle Bürger derart bevormunden. Getestete und Geimpfte werden sich fragen, warum sie eingesperrt werden. Erneut greift Bürgermeister Tschentscher massiv per Federstrich und ohne Bürgerschaftsbeschluss in die Grundrechte aller Bürger ein, ohne schlüssig begründen zu können, warum ausgerechnet an der frischen Luft Ansteckungen drohen und ohne eine feste Deadline zu setzen. Zudem bringt er die ohnehin stark geforderte Hamburger Polizei weiter unter Druck. Statt zum wiederholten Mal derart mittelalterlich auf die Pandemie zu reagieren, sollte Tschentscher das Testen und Impfen kraftvoller voranbringen - so wie es mittlerweile viele Unternehmen mit ihren Mitarbeitern vormachen.

[Meine Rede zur Eindämmungsverordnung](#)

[WELT: "Kritisches Oppositionsecho auf Ausgangsbeschränkung"](#)

[Abendblatt: "Ausgangssperre ab Karfreitag - warum Hamburg sie jetzt einführt"](#)

[NDR: "Reaktionen auf Ausgangssperre: Scharfe Kritik der Opposition"](#)

[NDR: "Schlagabtausch zu Ausgangssperre in Hamburg"](#)

[WELT: „Laschet oder Söder, das ist den meisten Menschen schnurzegal“](#)

[Abendblatt: "Mehrere Städte verschieben Start von Modellprojekten"](#)

[WELT: "Schlagabtausch zur Corona-Politik in der Bürgerschaft"](#)

[Abendblatt: "Kommt die Corona-Testpflicht für Hamburger Betriebe?"](#)

[NTV: "Schlagabtausch zur Corona-Politik in der Bürgerschaft"](#)

[RTL: "Schlagabtausch zur Corona-Politik in der Bürgerschaft"](#)



© Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf

Hochschulpolitik braucht Strategie

In der Bürgerschaftssitzung am letzten Mittwoch habe ich in der Aktuellen Stunde eine klare Strategie für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen angemahnt. Die sogenannten Zukunftsverträge, die Wissenschaftssenatorin Fegebank mit den Hochschulen geschlossen hat, bleiben in vielen Bereichen wolkig bis unklar. Die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Universitäten wirkt entgegen der Beteuerungen der Senatorin fort, allein die Universität will bis zu 1500 Studienplätze streichen.

[Meine Rede zum Technologie- und Wissenschaftsstandort Hamburg](#)

[NDR: "Hamburgische Bürgerschaft streitet über Wissenschaftspolitik"](#)

[Hamburg.de: "Kontroverse zur Wissenschaftspolitik in der Bürgerschaft"](#)

Schilderposse am Mühlenkamp

Das Maskenwirrwarr vermehrfacht sich in der Stadt an vielen Orten. In Winterhude ist es Durcheinander mit Ansage, wie die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage von mir ergeben hat: Erst wechseln die vorgeschriebenen Straßenzüge mit Maskenpflicht, dann bringt die Behörde das auf ihrer Liste durcheinander, schließlich der Dienstleister noch mal beim Schilder aufstellen. Ein Rot-Grüner Schildbürgerstreich, der erneut die Akzeptanz sinnvoller Schutzmaßnahmen senken wird.

[BILD: "Schilder-Posse am Mühlenkamp"](#)

Digitale Bürgersprechstunde

Meine digitale Bürgersprechstunde am vergangenen Freitag mit vielen Teilnehmern hat extrem viel Spaß gemacht. Der Kontakt zu den Bürgern ist mir gerade in der aktuellen Lage sehr wichtig. Ich hoffe, ich konnte vielen Hamburgern weiterhelfen. Die Themen waren sehr vielfältig, von der inneren Sicherheit über die ideologische Verkehrspolitik bis hin zu torpedierten Parlamentsbeteiligung in der Corona-Politik und der schwierigen Situation im Einzelhandel. Es war mir eine Freude!

TV-Auftritt: Norddeutsches Wirtschaftsgespräch auf Hamburg1

Das Thema lautete: Frauenquote – muss der Staat alles regeln? Ich finde „Nein. Nicht Quotenfrauen braucht das Land, sondern starke Frauen mit Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit. Diskutiert habe ich das mit Astrid Hamker, Unternehmerin und Präsidentin des Wirtschaftsrats der CDU, Andreas Krebs, Multi-Aufsichtsrat und Christina Sontheim-Leven, CEO.

